

Bern

SVP will die Archäologie im Gesetz schwächen

Kies statt Knochen: Eine Notgrabung entzweit die Gemüter im Grossrat.

Naomi Jones

In den nächsten Tagen diskutiert der Grosse Rat über Tote. Diese liegen seit rund 2800 Jahren im Kallnachwald bei Kallnach. Ihre Gräber haben laut der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege einen «sehr hohen wissenschaftlichen und kulturellen Wert» und sollten daher als Kulturdenkmal geschützt werden.

Doch just im Kallnachwald will die Firma Hurni aus Sutz in den nächsten Jahrzehnten Kies abbauen. Denn das Kies in den von Hurni betriebenen Gruben Walperswil und Finsterhennen geht langsam aus. Damit der Kanton die Kiesgrube in Kallnach bewilligt, muss der Archäologische Dienst eine Rettungsgrabung durchführen. Dabei soll er die Gräber aus der Eisenzeit dokumentieren, wissenschaftlich untersuchen und den Fund archivieren. Das Grabungsprojekt sprengt allerdings das jährliche Budget des Archäologischen Diensts. Darum beantragt der Regierungsrat im Grossen Rat einen Rahmenkredit von 15,17 Millionen Franken für eine Notgrabung während zwölf Jahren.

Am Kredit beteiligt sich auch der Bund mit einem Betrag von etwa 3,7 Millionen Franken. Den Rest teilt sich der Kanton Bern mit der Gemeinde Kallnach. Dem Kanton entstehen demnach zusätzliche Kosten von rund 5,7 Millionen. Die Bildungskommission des Grossen Rats empfiehlt, den Kredit zu sprechen und damit den Wirtschaftsstandort Kanton Bern zu fördern. Denn ohne die Notgrabung kann die Hurni Holding AG kein Kies in Kallnach schürfen.

SVP will das Gesetz ändern

Das Geschäft ist umstritten. Die Kritiker siedeln sich sowohl links wie rechts an. Allerdings aus anderen Gründen. Der SP-Grossrat Roland Näf hofft, ein Nein zum Kredit würde die Kiesgrube im Kallnachwald verhindern und somit die Nekropole aus der Eisenzeit erhalten. Zudem kritisiert er, dass mit dem Kredit für die Notgrabung indirekt die private Kiesabbau-Firma subventioniert werde. «Der Kanton hat wenig Geld, aber viel Kies», sagt Näf. Er sei sicher, dass die Firma in der Region einen anderen Standort für die Kiesgrube finden könnte.

Samuel Krähenbühl (SVP) lehnt den Kredit ab, weil er ihn für zu hoch hält. «Es ist unseriös, für archäologische Grabungen einen so hohen Kredit zu beschliessen», sagt er. Denn vielleicht komme bei der Grabung viel weniger zum Vorschein als angenommen. Ausserdem kostete die Aushebung und wissenschaftliche Untersuchung eines einzigen Grabhügels so viel wie der Jahresbetrieb eines ganzen Oberstufenzentrums. Andererseits möchte er die Kiesgrube in Kallnach nicht verhindern.



Die Kiesgrube der Hurni Holding in Walperswil. Foto: Franziska Rothenbühler

Damit man künftig in ähnlichen Fällen nicht mehr notgraben müsste, will Krähenbühl das Denkmalpflegegesetz grundsätzlich diskutieren. «Mit einer Kann-Formulierung im Artikel 24 müsste nicht mehr zwingend jede archäologische Stätte vollständig ausgegraben werden», erklärt er. Er werde den Kredit für die Notgrabung in Kallnach nicht aktiv bekämpfen, sagt Krähenbühl. Doch zusammen mit der FDP-Grossrätin Corinne Schmidhauser wolle er das Denkmalpflegegesetz abschwächen. Zurzeit sucht er bürgerliche Ratskollegen, die seine Motion unterstützen.

Hinter Krähenbühls Angriff auf das Denkmalpflegegesetz stecke allerdings keine Strategie der SVP, die Archäologie allgemein zu schwächen, sagt SVP-Präsident Werner Salzmann. Dass er im Gespräch mit dem «Bund» die Zahl der Archäologen im Kanton Bern infrage gestellt habe, sei Zufall gewesen: «Es

war ein Beispiel zum Verschlanken des Kantons.»

Mehr Beschwerden absehbar

Eine Kann-Formulierung im Denkmalpflegegesetz würde den Schutz der archäologischen Kulturgüter zwar schwächen, sagt der zuständige Regierungsrat Bernhard Pulver (Grüne). Doch seien wichtige Stätten durch übergeordnete Gesetze geschützt. Zudem sei der gewünschte Spielraum dank der Kulturpflegestrategie schon heute vorhanden. «Wir wägen nach wissenschaftlichen Kriterien ab, was wir ausgraben», sagt Pulver. Im Kallnachwald würden nur die bedeutenden Gräber geborgen. Anderes wie mittelalterliche Siedlungsreste und historische Verkehrswege würden in Kallnach nicht untersucht. Die angestrebte Gesetzesänderung würde eher die Beschwerden gegen Bauprojekte fördern, sagt Pulver.

Waberer Eltern fordern eine neue «Tagesschuloffensive»

Die Weiterentwicklung der Tagesschulen gehöre dauerhaft auf die Agenda der Könizer Politik. Das fordert ein Elternkomitee.

Marc Lettau

Für die Könizer Tagesschulen ist der Ende August gefällte Budgetbeschluss des Parlaments ein Dämpfer. Bereits vor dem politischen Entscheid, auf die vom Gemeinderat als nötig erachtete Steuererhöhung zu verzichten, war nämlich klar, wie limitiert die Mittel für die Tagesschulen künftig sein würden: Vereinzelt musste den Eltern bereits diesen Sommer etwas verklausuliert mitgeteilt werden, dass jetzt für gewisse Wochentage faktisch ein Aufnahmestopp für die Tagesschule gilt. Ausbauwünsche sind somit nach dem Budgetverdict obsolet.

Nun gewinnt das Thema Tagesschule aber an Brisanz, denn ein Elternkomitee aus Wabern schickt sich an, politischen Druck zu erzeugen. Mit einer Petition, für die bis Ende Oktober gemeindeweit Unterschriften gesammelt werden, fordert das Komitee eine «Tagesschuloffensive» ein. Wie die Urheberinnen und Urheber der Petition gestern darlegten, liegt ihnen nicht nur an einer quantitativen Ausweitung des Angebots, sondern vorab an einer qualitativen Weiterentwicklung.

Zerstückelter Alltag

Wie Tanja Bauer dem «Bund» namens des Komitees ausführte, seien die Könizer Tagesschulen nicht nur sehr beliebt, sondern zugleich stark herausgefordert. Die Verantwortlichen müssten sehr viel Zeit aufwenden, um die betreuten Kin-

der von einem Ort an den anderen zu bringen. Als qualitative Verbesserungen fordert das Elternkomitee deshalb beispielsweise: «Keine oder nur kurze Wege für die Kinder - Bildung, Betreuung und Freizeit an einem Ort.» Klarer werden solche Forderung angesichts der komplexen Strukturen. So gibt es etwa in Wabern eine Tagesschule im Dorfschulhaus, die Mittagstische finden jedoch - je nach Wochentag - in der Heiteren Fahne, der Villa Bernau oder in der Abwärtswohnung der Schule Morillon statt. In anderen Ortsteilen seien die Vorgaben ebenfalls kompliziert und führten zu einem «zerstückelten Alltag», sagt Tanja Bauer. Die Suche nach «situationellen Lösungen» sei dominierend: «Für die Kinder gibt es so keine Konstanz. Sie finden wenig Routine im Alltag.» Fehlende Räumlichkeiten und die vielen Übergänge zwischen Schule, Mittagstisch und Tagesschule seien mitunter so belastend, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf «ein Hindernislauf» bleibe. Die Weiterentwicklung der Tagesschulen gehöre deshalb dauerhaft auf die politische Agenda.

Immer mehr Betreuungsstunden

Die Berechtigung für ihre Forderungen leitet das Komitee von der Entwicklung der ausserfamiliären Betreuung ab. Ihr Bild ist in Köniz eindeutig. Während die Zahl der Kindergarten- und Schulkinder seit 2010 um bloss zwei Prozent gestiegen ist, schnellten die von den Tagesschulen geleisteten Betreuungsstunden um 156 Prozent hoch. In keinem Ortsteil stagniert die Entwicklung. Am «bescheidensten» blieb der Zuwachs in der Tagesschule Liebefeld-Hessgut (+130 Prozent). Der Ausreisser nach oben ist die Tagesschule in Niederwangen - mit einem Plus von 347 Prozent.

Kurz

Kantonale Invalidenrentner Starke Zunahme bei den jungen Erwachsenen

Bei der IV-Stelle des Kantons Bern haben sich im vergangenen Jahr 548 junge Erwachsene neu angemeldet - 49 Prozent mehr als noch im Jahr 2011. Das berichtete gestern Abend die SRF-Sendung «Schweiz aktuell» mit Verweis auf die IV-Stelle. Die Zunahme sei ein Zeichen dafür, dass Fachleute heute schneller zu einer Anmeldung bei der Invalidenversicherung rieten, heisst es bei der Berner IV-Stelle gemäss Sendung. (sda)

Thun Stadt will urbanes Wohnen fördern

Familien stärken, urbanes Wohnen fördern und Wohnbaugenossenschaften erneuern: Das sind drei der zehn Ziele der Thuner Stadtregierung hat diese Strategie nun verabschiedet, nachdem sie in einer Konsultation grundsätzlich gut ange-

kommen ist. Besonders Zuspruch fand in der Konsultation das Ziel, urbanes Wohnen zu fördern, wie der Thuner Gemeinderat mitteilt. Auch die Stärkung der Familien und der Wohnbaugenossenschaften bezeichneten viele Konsultationsteilnehmer als wichtig. (sda)

Umstrittene Asylpolitik Juso-Chefin im Visier der Jungen SVP Kanton Bern

Die Junge SVP des Kantons Bern zeigt die Bernerin Tamara Funicello, Präsidentin der Juso Schweiz, an. Die Rechtspartei wirft der Linken per Medienmitteilung vor, sie habe zu einer Straftat aufgerufen. Die Juso-Chefin habe die Leute aufgefordert, «das unmenschliche Schlepperwesen aktiv zu unterstützen». Dies, weil Funicello die Tessiner SP-Grossrätin Lisa Bosia Mirra in den sozialen Medien darin unterstützte, illegale Flüchtlinge über die Grenze gebracht zu haben. Die Tessinerin ist deshalb mit einer Strafuntersuchung konfrontiert. (lok)

Anzeige

Kennen Sie die Videos von «Der Bund»?

Eine Übersicht finden Sie auf Facebook.

 /derbund.ch

Der Bund

Für Leserinnen.